



Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses

28. Sitzung (öffentlich)

18. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Ulrich Hahnen (SPD)

Ergebnisprotokoll: Eva Kiwitt

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende weist auf die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 2, die als Tischvorlage verteilt worden ist, hin und stellt das Benehmen her, wie mit der inhaltlichen Beratung der Tischvorlage in dieser Sitzung verfahren werden solle. Er schlägt vor, diesen Punkt abzusetzen und ihn in der nächsten Sitzung aufzurufen. Die antragstellende CDU-Fraktion ist mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden, bittet allerdings um eine kurze mündliche Darstellung.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 16/6500, 16/6710 (1. Ergänzung) und
16/6990 (2. Ergänzung)

Ausschussprotokoll 16/686

– Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 21. Oktober 2014

Beratung über den Personaletat 2015

Zur Vorbereitung der inhaltlichen Beratung der zu behandelnden Einzelplänen liegen Vermerke des Gutachterdienstes Finanzen zur Sitzung vor. Auf dieser Grundlage wird über den Personaletat 2015

- des Einzelplans 03 (Ministerium für Inneres und Kommunales)
 - des Einzelplans 04 (Justizministerium)
 - des Einzelplans 05 (Ministerium für Schule und Weiterbildung)
 - des Einzelplans 07 (Ministerium für Familie, Jugend, Kultur und Sport)
 - des Einzelplans 09 (Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr)
 - des Einzelplans 10 (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)
 - des Einzelplans 11 (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales)
 - des Einzelplans 14 (Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk)
- sowie
- des Einzelplans 20 (Allgemeine Finanzverwaltung)

diskutiert.

Schlussberatung und Abstimmung

- Beschlussempfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Zur abschließenden Beratung des Personalhaushalts 2015 liegen keine Änderungsanträge der Fraktionen vor. Der Unterausschuss "Personal" verständigt sich deshalb einstimmig darauf, die Abstimmung als Gesamtpaket durchzuführen. Der Einzelplan 01 (Landtag) sowie der Einzelplan 13 (Landesrechnungshof) werden getrennt zur Abstimmung aufgerufen.

Im Ergebnis empfiehlt der Unterausschuss "Personal" den Personalhaushalt 2015 - soweit die Zuständigkeit gegeben ist - unverändert anzunehmen (Vorlage 16/2452).

2 Auswirkungen des Dienstrechtsanpassungsgesetzes

Vorlage 16/2439

MR Dr. Ulrich Peters (FM) gibt einen groben Überblick zu dem Inhalt der Vorlage 16/2439.

Der Tagesordnungspunkt soll in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen werden.

3 Umsetzungsstand der von der Landesregierung angekündigten neuen Krankenstandserfassung bei Lehrern

Vorlage 16/2412

Da der Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung einen Tag vor der Sitzung zugegangen ist, soll er möglicherweise laut **Ralf Witzel (FDP)** erneut in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen werden. Eine inhaltliche Beratung wird daher nicht durchgeführt.

4 Duale Ausbildung in der Landesverwaltung NRW

Vorlage 16/2243

Der Bericht des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

5 Landesinitiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“ Vorlage des 3. Umsetzungsberichts für den Zeitraum 31. Mai 2013 bis 30. Mai 2014

Vorlage 16/2276

Mit dem dritten Umsetzungsbericht informiert das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales über die einzelnen Maßnahmen der Landesinitiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“.

Vor dem Hintergrund, dass im Bereich der Polizei Statistiken zu Bewerbern mit Migrationshintergrund geführt werden, fragt **Verena Schäffer (Grüne)** nach, ob es diese Erhebungen auch für die anderen Bereiche der Landesverwaltung, wie beispielsweise der Finanz- oder der Schulverwaltung etc., gibt, die dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden könnten.

Laut **RB'e Marion Knödler (MAIS)** werden bei den Ressorts keine Erhebungen vorgenommen. Dazu müsste zunächst eine Rechtsgrundlage geschaffen werden.

Alternativ könnte eine erneute anonyme Befragung der Beschäftigten – wie bereits 2011 geschehen – zielführend sein.

6 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

gez. Ulrich Hahnen
Vorsitzender

07.01.2015/13.01.2015
130